

Trump-Anwälte wollen Veröffentlichung von Smiths Bericht stoppen

Donald Trumps Anwälte verlangen den Stopp der Veröffentlichung des Berichts des Sonderermittlers Jack Smith. Sie argumentieren, dass die Freigabe ihre Mandanten prejudizieren könnte.



Die Anwälte von **Donald Trump** haben einen Entwurf des endgültigen Berichts des Sonderermittlers Jack Smith über die bundesweiten Ermittlungen gegen den Präsidenten-Elekt überprüft und drohen mit rechtlichen Schritten, falls dieser veröffentlicht wird. Dies geht aus einem in Gerichtsunterlagen enthaltenen Schreiben hervor, das von Trumps ehemaligen Mitangeklagten am Montagabend eingereicht wurde.

Rechtsstreit um den Sonderermittlerbericht

In den eingereichten Unterlagen fordern Walt Nauta und Carlos

De Oliveira Richterin Aileen Cannon auf, die Veröffentlichung des Berichts des Sonderermittlers zu blockieren, der in den kommenden Tagen **erwartet wird**, bevor Trump zum zweiten Mal als Präsident vereidigt wird. Die beiden Männer, die für Trump gearbeitet haben und sich unschuldig in Bezug auf Anklagen wegen Behinderung der Justiz bekennen, argumentieren, dass Smith nicht die Autorität hat, den Bericht zu veröffentlichen, da Cannon zuvor seine Ernennung als Sonderermittler als rechtswidrig erachtet hat.

Anwälte argumentieren gegen die Veröffentlichung

Die Unterlagen enthielten einen Brief der Anwälte Trumps an Generalstaatsanwalt Merrick Garland, in dem ähnliche Argumente vorgebracht werden. Sie erklärten, dass ihnen „die Überprüfung des zweibändigen Entwurfsberichts in einem Besprechungsraum in Smiths Büro zwischen dem 3. und 6. Januar 2025“ gestattet wurde. Zwei der Anwälte wurden von Trump für Führungspositionen im Justizministerium der neuen Verwaltung ausgewählt und forderten eine frühzeitige Mitteilung über die Veröffentlichung des Berichts, um „angemessene rechtliche Schritte“ einleiten zu können.

Unzufriedenheit mit den redaktionellen Änderungen

In den Gerichtsunterlagen erklärten die Verteidiger, dass die Regierung ihnen am Wochenende eine „eingeschränkte“ Überprüfung des Entwurfs erlaubt habe, die „eine einseitige Erzählung offenbarte, die argumentiert, dass die Angeklagten die in diesem Fall erhobenen Verbrechen begangen haben“. Garland hat dem Kongress mitgeteilt, dass er plant, den Bericht den Gesetzgebern zur Verfügung zu stellen, wobei erforderliche redaktionelle Änderungen gemäß den Richtlinien des Justizministeriums vorgenommen werden. Dies würde bedeuten, dass das Justizministerium wahrscheinlich Passagen des

Berichts, die die beiden Mitangeklagten betreffen, schwärzen würde, da die Behörde beabsichtigt, diese Fälle weiterzuführen und es ihr untersagt ist, deren mögliche Verfahren zu gefährden.

Forderung nach Notfallsitzung

Die Verteidiger äußerten jedoch in den Unterlagen vom Montag ihre Unzufriedenheit mit dem Umfang der redaktionellen Änderungen im Entwurf, den sie überprüft hatten. Nauta und De Oliveira bitten Cannon um eine Notfallsitzung zu diesem Anliegen. Während Cannon die Anklage gegen sie und Trump im Sommer abgewiesen hat, legt das Justizministerium gegen ihre Entscheidung Berufung ein, die Ernennung Smiths für verfassungswidrig zu erklären. Trump selbst wurde auf Antrag der Staatsanwälte nach seiner Wiederwahl im letzten Jahr aus dem Verfahren entlassen, aber die Strafverfolgung gegen Nauta und De Oliveira wurde an die US-Staatsanwaltschaft in Südflorida übergeben.

Kritik an der Berichterstattung und den möglichen Auswirkungen

Die Angeklagten, Nauta und De Oliveira, argumentierten am Montag unter Hinweis auf die Möglichkeit, dass die strafrechtliche Verfolgung gegen sie wieder aufgenommen werden könnte, dass die Veröffentlichung des Berichts sie als Angeklagte „unumkehrbar und unwiderruflich“ benachteiligen würde. Sie bemerkten auch, dass die Schutzanordnung, die einschränkt, was sie über die vom Staat zur Verfügung gestellten Beweise sagen dürfen, weiterhin in Kraft ist. Da die Angeklagten „streng daran gehindert sind, den Bericht zu widerlegen“, würde eine Veröffentlichung des Berichts die Situation „noch unfairer prejudizieren“, so ihre Argumentation.

„Der endgültige Bericht soll als Regierungserklärung gegen die Angeklagten dienen, entgegen allen Normen der Strafjustiz und verfassungsrechtlichen Leitlinien“, erklärten sie vor Gericht.

Für diesen Bericht hat Evan Perez von CNN mitgewirkt.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at